

Bologna an der Oder

Was ist aus dem Europäischen Hochschulraum geworden, elf Jahre nach Einführung des Bologna-Prozesses? Diese und andere Fragen der Hochschul- und Forschungspolitik in Polen und Deutschland beschäftigten die 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des gemeinsam von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der KSN-Solidarność durchgeführten Seminars vom 20. bis 22. Juni 2010 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Die bilateralen Gewerkschaftsseminare von GEW und KSN haben eine fast zwanzigjährige Tradition. Gegenstand dieses Seminars war die Weiterentwicklung der polnisch-polnischen Zusammenarbeit im Hochschulsektor.

Zum Thema Forschungs- und Bildungsfinanzierung einschließlich der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise referierten Ryszard Walentynski von der KSN-Solidarność und Gunter Quaißer, Buchautor und Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. In Polen spiegelt sich die mangelhafte Finanzierung des Hochschulwesens darin, dass die notwendigen zusätzlichen Studienplätze in gebührenpflichtigen Abend- und Fernstudiengängen angeboten werden und die öffentlichen Hochschulen, mit Ausnahme weniger „Elite“-Universitäten, finanziell austrocknen. Demgegenüber werde in Deutschland der finanzielle Nachholbedarf politisch zwar anerkannt, aber trotz vollmundiger Versprechungen nicht wirklich angegangen.



Viele Gemeinsamkeiten gab es in der Darstellung und Bewertung des Bologna-Prozesses: die Zielsetzungen des Europäischen Hochschulraums wurden positiv gesehen, z. B. mit Blick auf die Mobilität oder die Förderung des lebenslangen Lernens. Allerdings zeigten sich in der Umsetzung viele Probleme. In Deutschland, so erläuterte Klemens Himpele, sei die Arbeitsbelastung von Studierenden und Lehrenden durch die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen extrem angestiegen, was u. a. dazu führte, dass der Anteil der Studierenden, die eine Zeitlang ins Ausland gingen, nicht wie gewünscht zu-, sondern deutlich abnehme. Eine Entwicklung, die auch in Polen zu sehen sei, wie Ryszard Mosakowski und Maria Kotelko berichteten. Die Hauptkritik beider Gewerkschaften bezog sich auf die Implementierung der Studiengänge selbst. Man könne eine so grundlegende Reform nicht ohne zusätzliches Personal und Geld in kürzester Zeit umsetzen.

Die Rolle der Gewerkschaften in der Hochschul- und Tarifpolitik ist in beiden Ländern traditionell unterschiedlich. Janusz Sobieszczanski, Vorstandsvorsitzender der KSN-Solidarność, bedauerte, dass es den Gewerkschaften in Polen bislang noch nicht gelungen sei, die Mitgliedschaft im Kontext des sozialen Dialoges zu mobilisieren. In Deutschland sieht die Lage, wie Thomas Hoffmann ausführte, wegen des Föderalismus und des restriktiven Streikrechtes insbesondere für Beamtinnen und Beamte anders aus. Hinzu kommt ein unterdurchschnittlicher Organisationsgrad an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, weil sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler traditionell nicht in erster Linie als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstehen und häufig ein distanziertes Verhältnis zu den Gewerkschaften haben.

Der Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses und den Karrierewegen in Hochschule und Forschung galt ein eigener Schwerpunkt. Es wurde auch auf den Mangel an Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen und Nachwuchswissenschaftlern in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen verwiesen, das vor allem in den schlechten



finanziellen Startbedingungen begründet liegt, z. B. auch in der Tatsache, dass man mit einem befristeten Arbeitsvertrag nirgendwo einen Kredit bekommen kann. Nicht viel anders, so stellte Anne Krüger dar, sieht die Lage für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland aus: finanzielle Unsicherheit, Lehre zu Dumpingpreisen bei hoher Arbeitsbelastung und mangelhafte Gleich-

stellung von Frauen und Männern (der Frauenanteil bei Professorenstellen beträgt nur 17 Prozent). Es gebe kaum Perspektiven, außerhalb der Professur auf Dauer Wissenschaft als Beruf zu betreiben. Einig waren sich die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer deshalb, dass Wissenschaft endlich als Beruf und nicht nur als Berufung verstanden werden dürfe und daher eine Reform der Karrierewege und Personalstruktur überfällig sei.

Im Schlusswort hob GEW-Vorstandsmitglied Andreas Keller die Bedeutung der internationalen Verständigung der Gewerkschaften als gestaltende Kraft hervor. Gerade die Diskussion um den Bologna-Prozess, dessen Ziele durchaus zu unterstützen, aber bei weitem noch nicht erreicht seien, habe dies auf dem Seminar anschaulich gemacht. Die nationalen Gewerkschaften müssten deshalb ihre europäischen und globalen Strukturen und Foren nicht nur für weitere Diskussionen, sondern auch für die konkrete Einflussnahme politischer Prozesse, z. B. in der „Bologna Follow-Up Group“ (BFUG) nutzen. Dass die

Bildungsgewerkschaften als politischer Partner in diesem Prozess längst ernst genommen werden, wurde durch die Anwesenheit und das Statement des Staatssekretärs im brandenburgischen Wissenschaftsministerium, Martin Gorholt, dokumentiert, ebenso wie durch das Interesse der gastgebenden Viadrina-Universität, die von ihrer Vizepräsidentin Janine Nuyken repräsentiert wurde.

